

«Ohne Journalismus ist die Demokratie tot»

Liestal | Plädoyer für die Medien an der Vernissage von Roger Blums Buch über die bz



Diskussionsrunde mit Roger Blum, Patrick Marcolli, Nina Jecker und Alessandra Paone. Bilder zvg

In seinem Buch «Das Blatt der Patrioten» befasst sich Medienprofessor Roger Blum ausführlich mit der Geschichte der «Basellandschaftlichen Zeitung». Bei einer Podiumsdiskussion im Rahmen der Buchvernissage diskutierten Journalistinnen und Journalisten indes über die Gegenwart und die Zukunft der schreibenden Zunft.

Jürg Gohl

«Ich bemühte mich, es in journalistischem Stil zu verfassen», sagte Autor Roger Blum an der Vernissage des Buchs «Das Blatt der Patrioten» am Donnerstag in der Kantonsbibliothek. Auf 460 Seiten hat er im Auftrag der Liestaler Verlegerfamilie Lüdin die Geschichte der «Basellandschaftlichen Zeitung», kurz bz, minutiös nachgezeichnet (siehe «Volksstimme» vom vergangenen Freitag). Es erscheint als Band 109 in der Reihe «Quellen und Forschung» des Kantonsverlags. 2006 ging das Liestaler Blatt, das sich in der Geschichte mehrfach als Kämpferin für ein selbstständiges Baselbiet hervortut, in den Besitz der Aargauer Verlegerfamilie Wanner über.

Das Buch behandelt die Geschichte der Zeitung, für die der in Liestal aufgewachsene Professor und Medienwissenschaftler in jungen Jahren sogar selber in die Tasten haute. Das Suchen nach dem idealen Mittelweg zwischen Nähe und Distanz, eine der zentralen Fragen im Journalismus, habe ihn beim Verfassen herausgefordert, gestand Blum an der Vernissage vom vergangenen Donnerstag dem Publikum.

Mit der Gegenwart und Zukunft der Zeitung und vor allem der Medienbranche befasste sich ein Podium, das nicht nur zahlreiche Journalistinnen und Journalisten sowie ehemalige Redaktionsmitglieder der Tageszeitung anlockte, sondern auch Politikerinnen und Politiker. Die Kantonsbibliothek war voll besetzt. Etliche sprachen von einem «Klassentreffen».

Autor Blum sass nach seinen Ausführungen zu seinem Buch wohl in der Diskussionsrunde, überliess die Bühne aber weitgehend seinen jüngeren, berufstätigen Kolleginnen und Kollegen. Und das waren: die Zunzgerin Alessandra Paone, selber einst bz-Redaktorin und heute via BaZ

und Tagi Co-Chefin von «Online Reports», dann Nina Jecker, stellvertretende Chefredaktorin der «Basler Zeitung», und Patrick Marcolli, seit 2018 Chefredaktor der an diesem Abend gefeierten bz.

Qualitätssprünge

Seit die bz vor 18 Jahren in den Mantel der «Aargauer Zeitung» schlüpfte und damit einen Qualitätssprung erfuhr, bekommt sie zu hören, keine Baselbieter Zeitung mehr zu sein. Der Chefredaktor entgegnete, dass der Einfluss von Aarau auf die journalistischen Inhalte seiner Zeitung «gleich null» sei. Und auf die Frage der politischen Ausrichtung von Journalistinnen und Journalisten, die Gretchenfrage der schreibenden Zunft, antwortete Paone: «Selbstverständlich haben alle, die sich regelmässig mit politischen Themen befassen, ihre private Haltung. Doch diese darf die Arbeit nicht beeinflussen.»

Der Umstand, dass sich die Redaktionen auf die regionalen und lokalen Themen konzentrieren können, sowie der enorme Spardruck hätten in den vergangenen Jahren zu einer Verdichtung und – es tönt paradox – zu einer besseren Qualität geführt. Waren Redaktionen vor wenigen Jahren damit beschäftigt, Pressekonferenzen zu besuchen und Texte der Mitarbeiter über ereignislose Gemeindeversammlungen zu bearbeiten, «so setzen sie heute eigene Akzente», wie es der bz-Chefredaktor formulierte: «Unser Beruf ist härter, dafür aber vielfältiger und kreativer geworden.»

Überhaupt war sich das Podium über den Wert der Lokalberichterstattung einig. «In keinem anderen Bereich erhalten wir so viele Reaktionen», sagte Alessandra Paone, die dies als frühere Inland-Redaktorin des «Tages-Anzeigers» aus eigener Erfahrung wissen muss. Und hier meldete sich Medienwissenschaftler Blum zu Wort und verwies auf Studien, die einen Zusammenhang zwischen der Qualität der lokalen Berichterstattung und der Stimmbeteiligung sowie dem politischen Engagement belegen. Das bestätigt sich auch regelmässig bei Wahlen und Abstimmungen in den Stammländern der «Volksstimme». Deshalb fasste Blums letzte Feststellung den Abend treffend zusammen: «Journalismus ist unverzichtbar. Ohne ihn ist auch die Demokratie tot.»



Roger Blum hat ein Buch über die Geschichte der bz geschrieben – am Donnerstag war Vernissage.

«Der bilaterale Weg ist e

Region | Martin Dätwyler, Direktor der Handelskammer

Der Mandatsentwurf für Verhandlungen mit der EU, den der Bundesrat im Dezember verabschiedete, befindet sich derzeit in Vernehmlassung bei Parlament und Kantonen. Der Direktor der Handelskammer beider Basel nimmt Stellung: Für die Wirtschaft seien Marktzugang, Personenfreizügigkeit und Forschungskoooperation zentral, sagt Martin Dätwyler.

Paul Aenishänslin

Herr Dätwyler, warum sind die angedachten Verhandlungen mit der EU so wichtig für die Schweiz und den Wirtschaftsstandort Basel?

Martin Dätwyler: Die Unternehmen brauchen endlich wieder Rechts- und Planungssicherheit im Handel mit der EU. Mit ihren 500 Millionen Konsumenten ist sie für Schweizer Exportfirmen eine Art Heimmarkt: Mehr als die Hälfte des Exports geht in EU-Länder. Die Bilateralen stellen sicher, dass dieser Handel hindernisfrei abläuft. Zudem sind wir auf Fachkräfte aus der EU angewiesen. In diesen unsicheren Zeiten sollten wir die Beziehungen zu unserer wichtigsten Handelspartnerin auf ein stabiles Fundament stellen.

Welches sind die Hauptprobleme, die sich der Schweiz im Verhältnis zur EU gegenwärtig stellen?

Einerseits die Unsicherheiten rund um den Marktzugang. Die EU erneuert bestehende Marktzugangsabkommen nicht, solange wir keine institutionelle Lösung haben. Andererseits brauchen wir als weltweit führender Life-Sciences-Standort wieder vollen Zugang zum EU-Forschungsprogramm, sowie auch ein Stromabkommen, damit unsere Energieversorgung gesichert ist.

Der bilaterale Weg gerät mehr und mehr unter Druck. Kommt das nicht auch daher, dass die EU uns mit Sanktionen piesackt?

Der bilaterale Weg ist ein Glücksfall für die Schweiz und keine Selbstverständlichkeit. Er erlaubt uns einen reibungslosen Zugang zum EU-Binnenmarkt mit grösstmöglicher Selbstbestimmung. Die EU ist tatsächlich selbstbewusster geworden und pocht auf einheitliche Regeln. Mit einer institutionellen Lösung schaffen wir Rechtssicherheit und könnten im Konfliktfall rechtlich gegen die EU vorgehen.

Die Handelskammer beider Basel (HKBB) hat sich sogleich am Tag der Verabschiedung des Mandatsentwurfs durch den Bundesrat dezidiert für diese neue Verhandlungsrunde mit der EU ausgesprochen. Warum?

Sämtliche grossen Wirtschaftsverbände der Schweiz, wie Economiesuisse, Swissmem, Arbeitgeberverband und Schweizerischer Gewerbeverband, stehen hinter dem Paketansatz des Bundesrats. Stabile Beziehungen zur EU sind eines der wichtigsten Anliegen unserer Mitgliedsunternehmen. Seit dem Abbruch der Verhandlungen über das Rahmenabkommen hat die HKBB immer wieder neue Gespräche gefordert. Wir begrüssen die grossen Fortschritte, die der Bundesrat in den Sondierungsgesprächen erreicht hat und sind zuversichtlich, dass es diesmal klappt. Wir müssen diese grosse Chance jetzt packen.

Nun ist es aber so, dass verschiedene Kreise in der Schweiz, so die Gewerkschaften, neuen Verhandlungen mit der EU skeptisch gegenüberstehen. Sie befürchten, dass die Sozialpartner an Autonomie einbüßen und die Löhne sinken könnten. Was antworten Sie ihnen?

Wir müssen alle wichtigen Interessengruppen für eine Lösung mit der EU gewinnen. Der Erhalt des heutigen Lohnschutzniveaus ist auch uns sehr wichtig. Dem Bundesrat ist es gelungen, das Schweizer Kontrollsystem abzusichern und dem Einfluss des Europäischen Gerichtshofs zu entziehen. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit sind die Reallöhne in der Schweiz gestiegen – auch tiefe Löhne. Das zeigt, dass der Lohnschutz funktioniert. Weitere Forderungen, die unseren liberalen Arbeitsmarkt gefährden, lehnen wir ab.

Zu reden gibt auch die geplante Spesenregelung von aus EU-Ländern in die Schweiz entsandten Arbeitnehmern. Diese sollen Spesenansätze erhalten, wie sie in ihrem Heimatland üblich sind. Das drückt die Preise, Schweizer Firmen müssten ihre Löhne zwangsweise nach unten anpassen.

Es ist wichtig, dass wir dies richtig einordnen: Entsandte Arbeitskräfte aus der EU machten im Jahr 2022 gerade mal 0,12 Prozent am gesamten Schweizer Arbeitsvolumen aus. Die allermeisten dieser Entsandten kommen aus unseren Nachbarländern und nicht aus Tieflohnländern. Die Spesenregelung hat schlicht keinen Einfluss auf das Schweizer Lohnniveau.

Stellungnahmen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) sollen für das Schiedsgericht bindend sein, das strittige Binnenmarktfragen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union zu entscheiden hat. Der Vorwurf, dass es sich da um fremde Richter handelt, steht im Raum. Was meinen Sie dazu?

Bei der Streitbeilegung überwiegen die Vorteile. Mit dem vorgeschlagenen Mechanismus erhält die Schweiz ein Instrument, um ihre Interessen durchzusetzen. Das schafft Rechtssicherheit und ist ein klarer Fortschritt zur jetzigen Situation. Bei einem Rechtsstreit entscheidet das paritätische Schiedsgericht, in dem die Schweiz gleichberechtigt vertreten ist wie die EU. Die Rolle des EuGH ist klar begrenzt.

Konkret dürfte sich diese Frage vor allem bei der Unionsbürger-Richtlinie der Europäischen Union stellen, welche die Schweiz bisher nicht annehmen wollte.

Sie gibt EU-Bürgern das Recht zum Aufenthalt in allen Mitgliedstaaten und zum Bezug von Sozialleistungen, auch ohne Arbeit. Wie stehen Sie zur Übernahme dieser Richtlinie durch die Schweiz?

Gerade bei der Unionsbürger-Richtlinie hat der Bundesrat der EU wichtige Ausnahmen und Garantien abgerungen. So gibt es neu kein Daueraufenthaltsrecht für sozialhilfeabhängige Personen, und die Schweiz kann weiterhin kriminelle Personen ausschaffen.

Ein neuer Anlauf, Schweiz | Wie sich die Beziehun

Die Schweiz und die Europäische Union (EU) wagen einen neuen Anlauf, um wichtige Fragen zu regeln, die seit Jahren einer Lösung harren. Nach monatelangen Sondierungsgesprächen hat der Bundesrat am 15. Dezember den Entwurf eines Verhandlungsmandats verabschiedet. Damit will er mit der EU bis Ende dieses Jahres zu Lösungen in zahlreichen Dossiers kommen. Zum Verhandlungsmandat läuft aktuell die Vernehmlassung. Parlament, Kantone und Sozialpartner können sich dazu äussern. Dieser Prozess sollte bis Ende März abgeschlossen werden, um im April mit den eigentlichen Verhandlungen beginnen zu können. Ein Blick in die Geschichte zeigt, wie es dazu gekommen ist.

1972 hat die Schweiz mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EG), die Ende der 1990er-Jahre in Europäische Union umgetauft wurde, ein bilaterales Freihandelsabkommen abgeschlossen, das heute, nach bald 52 Jahren, immer noch gilt. Alle Zölle auf Industriewaren wurden damit abgeschafft. In der Folge kam es zu einem starken Aufschwung im bilateralen Handel, der bis heute anhält: Mehr als die Hälfte der Schweizer Warenexporte gehen in die EU.

1989 machte die EG dann den Efta-Ländern, darunter die Schweiz, das Angebot, zusammen einen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu gründen. Die Efta-Staaten machten sich zunehmend Sorgen, vom im Entstehen begriffenen Europäischen Binnenmarkt mit freiem Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr ausgeschlossen zu werden.